

Sonderdruck aus
Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
19 / 2012

Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 19 / 2012

Schwerpunktthema:

Globale Herausforderungen
für Europa

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011
- MUSICA PRO PACE 2011
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2011-2012

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. em. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Gabriele Parlmeyer,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tefvik Göktepe unter Verwendung eines Fotos von Jonathan Rashad:
»Rainbow on wall of Interior Ministry«, Graffiti von Omar Zeftawi, Kairo.

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche durch:

- die Oldenburgische Landesbank AG
- die Stadtwerke Osnabrück AG
- den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2012

© 2012 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0061-4

ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2011

<i>Männlichkeit, Ehre und Gewalt</i> Mit Ute Frevert, Gunnar Heinsohn und Yilmaz Atmaca	17
<i>Afrika – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, Frieden und Demokratie?</i> Mit Neville Alexander und Klaus Töpfer	39
<i>Umbrüche in Ägypten und der arabischen Welt</i> Mit Helga Baumgarten, Cilja Harders und Taoufik Ben Amara	63
<i>Genug Brot für die Welt? Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ernährungskrise</i> Mit Bärbel Dieckmann, Uschi Eid und Jochen Flasbarth	87
<i>Europa sieht Deutschland: Polen und Deutsche in zwei Jahrzehnten neuer Freiheit</i> Von Irena Lipowicz	115
<i>Idee und Realität Europas</i> Von Roman Herzog	125

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2011**

- Stefan Hanheide, Osnabrück
*Musikalische Abbilder gesellschaftlicher Wirklichkeit.
Zu Karl Amadeus Hartmanns 1. Symphonie (1935-36 / 1954-55)
und Anton Bruckners Messe e-Moll (1866)* 137

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

- Julian Nida-Rümelin, München
*Plädoyer für eine radikale Neuordnung der europäischen
Institutionen* 147

- Henrik Uterwedde, Ludwigsburg / Osnabrück
*Ein Europa, zwei Visionen? Deutsche und französische Leitbilder
der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion* 153

- Ulrich Jan Schröder, Münster
*Staatlichkeit ist kein Schicksal. Der deutsche Staat zwischen
Schicksals-, Werte- und Rechtsgemeinschaft* 167

- Rauf Ceylan, Osnabrück
*Fundamentalismus, Islamismus und Dschihadismus als
antimodernistische Gegenentwürfe* 181

- Roland Czada, Osnabrück
*Sehnsucht nach Azania. Neville Alexanders Leben und Werk
für ein anti-rassistisches Südafrika. Ein Nachruf* 193

IV. ANHANG

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 205
Abbildungsnachweis 211

Genug Brot für die Welt? Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ernährungskrise

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 29. Juni 2011

Bärbel Dieckmann

Präsidentin der Deutschen
Welthungerhilfe e.V.

Dr. Uschi Eid

Parlamentarische Staatssekretärin a.D.
im Bundesministerium für wirtschaftli-
che Zusammenarbeit und Entwicklung

Jochen Flasbarth

Präsident des Umweltbundesamtes

Klaus Jongebloed

Neue Osnabrücker Zeitung –
Gesprächsleitung

Klaus Jongebloed: Das Thema dieses Abends wird für jeden von uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine ungeheure Wichtigkeit erweisen. Die Diskussion möchte ich mit einer Bestandsaufnahme beginnen: Wie lässt sich heute der *Status quo* bezüglich der Hungersituation in der Dritten Welt, der Landwirtschaft und des Klimawandels beschreiben, und wie steht es um die Teilaspekte Wasser, Böden oder Agrosprit?

Was sich an dieser Situation ändern muss und wie man die gesteckten Ziele erreichen kann, soll uns anschließend beschäftigen. Und schließlich wollen wir erörtern, was die nötigen Anstrengungen, um diese Ziele zu erreichen, für den Einzelnen bedeuten.

Am Ende des heutigen Tages werden weltweit 25.000 Menschen an Hunger gestorben sein. Weltweit hungert eine Milliarde Menschen. Eine gleich große Zahl von Menschen leidet an Übergewicht. Eine andere wichtige Zahl: 400 Mio. Menschen auf der Erde sind Kleinbauern. Sie machen etwa drei Viertel der 525 Millionen Landwirte aus, die dafür

sorgen, dass die Welt überhaupt zu essen hat. Bezeichnenderweise sind auch die meisten der Hungernden selbst Kleinbauern. Wie ist das möglich?

Die zentrale Frage ist: Wie muss Landwirtschaft in der Zukunft aussehen, damit es gelingt, die für das Jahr 2050 prognostizierten 9 Mrd. Menschen zu ernähren?

Weitere Aspekte, die in der Diskussion eine Rolle spielen, sind die Rohstoff- und Lebensmittelspekulation, die Wasserversorgung, das Bevölkerungswachstum, die Beschaffenheit landwirtschaftlich genutzter Böden. Aber auch kulturellen Phänomenen in den Industrieländern wie dem verbreiteten Übergewicht, der Gentechnik, einem zunehmenden Stickstoffeintrag in die Umwelt, den Futtermitteln in der Tiermast und der Agrospritertezeugung wollen wir nachgehen.

Einerseits versucht die westliche Welt, Energiesicherheit zu gewinnen, auf der anderen Seite steht das Ziel der Ernährungssicherheit. Wie ist diese Gratwanderung zu bewältigen?

Schließlich kommt der Aspekt des *land grabbing* in den Blick, der zum Teil brutalen Landnahme besonders in Ländern Afrikas und Asiens.

Wir bitten unsere Experten auf dem Podium dazu um ihre Statements.

Uschi Eid: Bei den genannten Themen überfallen mich regelmäßig Verzweiflung und Wut, denn soweit ich zurückdenken kann, erklärt die Weltgemeinschaft, den Hunger bekämpfen zu wollen und man hat den Eindruck, dass sich wenig tut. Als ehrenamtliche Mitarbeiterin einer Entwicklungshilfeorganisation der evangelischen Kirche in Stuttgart habe ich bereits vor 40 Jahren Kampagnen zum Thema ›Hunger durch Überfluss‹ oder ›Einfach leben, damit andere überleben‹ organisiert. Ich war Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation FIAN (*Food First* Informations- und Aktions-Netzwerk), die sich dafür einsetzt, dass das Recht auf Nahrung als Menschenrecht anerkannt wird. Später, als Staatssekretärin, sah ich mich zunächst in einer Position, in der ich endlich in Landwirtschaft und Agrarpolitik und im Kampf gegen Hunger etwas hätte bewegen können. Aber das Entwicklungsministerium setzte zunächst andere Prioritäten. Das war bedauerlich. Dann kam der sogenannte Millenniumsgipfel in New York im Jahr 2000. Eines seiner Ziele war, den Anteil der hungernden Menschen, berechnet vom Basisjahr 1990, bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Wobei ein ›Hungernder‹ definiert wird als jemand, der weniger als 1.200 Kilokalorien täglich zu sich nimmt. Diejenigen, die pro Tag nur 100 Kalorien mehr zu sich nehmen, aber keine ausgewogene Ernährung haben, weil sie fast nur Kohlehydrate bekommen, gelten demnach nicht mehr als Hungernde. *Fehlernährung* wird nicht berücksichtigt. Heute, elf Jahre nach Verabschiedung dieses Millenniumsziels, gibt es mehr Hungernde als zuvor.

Inzwischen fand eine Reihe von ›Welternährungskonferenzen‹ statt, die Hoffnungen auf einen Durchbruch nährten. Dem wichtigen Gipfel von 2009 in Madrid gingen Proteste von Westafrika bis Haiti voraus, nachdem dort die Nahrungsmittelpreise gestiegen waren. Solche kurzfristig eintretenden ›Hungerwellen‹ entstehen meist vor dem Hintergrund latenter Szenarien, die durch Nahrungsmittelknappheit, klimatische Veränderungen mit Dürren, Überflutungen oder Missernten gekennzeichnet sind. Wenn z.B. Indien oder andere asiatische Staaten ihre Reisexporte quotieren oder ganz einstellen, steigt der Reispreis in Westafrika, und die armen Leute können sich diese Lebensmittel nicht mehr leisten. Es gab langfristig einfach zu geringe Investitionen in den Agrarsektor in Afrika. Damit wurde man abhängig von Importen.

Die Welternährungskonferenzen sind zur Routine geworden: Man beklagt den Hunger, beschwört das Millenniumsentwicklungsziel und empfiehlt simple Lösungen, darunter stets die Beendigung der Agrarexportsubventionen – was vernünftig wäre! – und eine Erhöhung der Entwicklungshilfe. Doch wird man damit der komplexen Problematik nicht gerecht.

Die Frage ist, was die betroffenen Länder versäumt haben und längst hätten tun können und müssen. Die Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzflächen war längst im Gange, bevor man über den Klimawandel sprach. Weil immer mehr Land degradierte, vereinbarte man bereits 1992 in Rio de Janeiro die UNO-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung, die sogenannte *Desertifikationskonvention*, und richtete für ihre Umsetzung ein Büro in Bonn ein. Inzwischen ist der Klimawandel erkannt, Wüsten haben sich weiter ausgedehnt, semi-aride und aride Zonen sind größer geworden. 15% der Erdoberfläche, das entspricht der Fläche der USA und Mexikos zusammen, gelten bereits als degradiert. Hinzu kommt, dass die sich ausdehnenden Städte agrarisch nutzbares Land ›auffressen‹. Im letzten Jahrzehnt fielen in China 6% davon dem Wachstum der Städte zum Opfer. Das gegenwärtige Bevölkerungswachstum führt bis zum Jahr 2030 zu einem Mehrverbrauch von Nahrungsmitteln von 25% gegenüber heute und bedeutet eine wachsende Bedrohung für die Armen.

Auch nimmt die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten durch die begrüßenswerte Steigerung des Lebensstandards zu. In China, Lateinamerika, Afrika wachsen die Mittelschichten, deren Angehörige sich mehr Fleisch leisten wollen – und können. Um mehr Fleisch zu produzieren, müssen aber viel mehr Futtermittel erzeugt werden, wozu man große Flächen braucht. Hinzu kommen Energiepflanzen als weitere konkurrierende Produkte. In den USA werden heute 6% der Agrarfläche für den Anbau von Energiepflanzen zur Herstellung von Biosprit genutzt. Es wurde versäumt, rechtzeitig in die Agrarforschung zu investieren, um diesen Herausforderungen begegnen zu können. Zur Agrar- und Hunger-

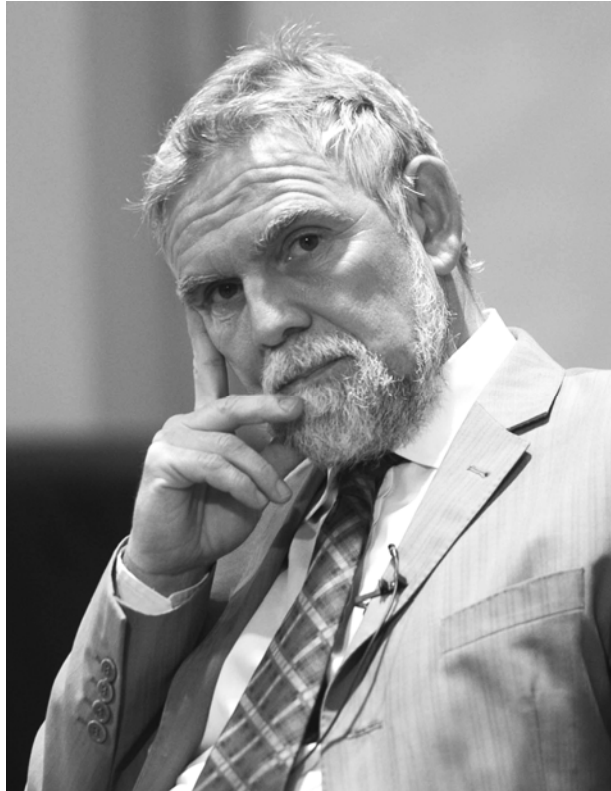
debatte hinzu kommt die meist völlig vernachlässigte Frage nach der Verfügbarkeit von Wasser. Zur Konkurrenz um die Agrarflächen kommt die Konkurrenz um Wasservorräte. Hier stehen die Erzeuger von Nahrungs-, Futter- und Energiepflanzen den Privathaushalten und der Industrie gegenüber. Unterschiedlichste Wasserverbrauchergruppen konkurrieren zunehmend um das knappe Gut Wasser. Und es wird immer knapper, denn infolge des Bevölkerungswachstums brauchen wir Erdbewohner jedes Jahr so viel mehr Trinkwasser, wie ganz Ägypten im Jahr verbraucht. Gleichzeitig ist die Wasserverschmutzung enorm: 80% der Abwässer fließen in den Entwicklungsländern gänzlich ungeklärt in die Natur zurück.

Gewaltig ist auch das Ausmaß des Lebensmittelabfalls: In den USA landen bis zu 25% des Essens in den Mülleimern. Bei uns grassiert unmoralische Verschwendung, während es in Ländern der ›Dritten Welt‹ zu hohen Nachernteverlusten kommt. Dort werden die Produkte unsachgemäß gelagert und transportiert und auf unhygienischen Marktplätzen, die noch dazu Wind und Wetter ausgesetzt sind, angeboten. Für Asien wird der Nachernteverlust bei Reis auf 15% geschätzt. Könnte man diesen nur um einen Prozentpunkt reduzieren, wären 5 Mio. Tonnen Reis gewonnen. Wir müssen also sowohl die Produktionsseite als auch die Seite der Konsumenten berücksichtigen. Hierher gehört übrigens auch unser Konsum wasserintensiver Nahrungsmittel, die in wassergestressten Ländern hergestellt und von dort importiert werden.

Jochen Flasbarth: Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen wurden im Jahr 2000 beschlossen. 2010 bewertete und beurteilte die UN-Generalversammlung diesen Prozess unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs. Dabei wurde in einer Sondersitzung auch der weltweite Zustand der Biologischen Vielfalt und dessen Verbindung zu den Millenniumszielen diskutiert. Grundlage dafür, auch dieses UN-Jahresthema – (2010 war das UN-Jahr der Biologischen Vielfalt) – den Regierungschefs zu präsentieren, war eine 2008 bei der 9. UN-Naturschutzkonferenz in Bonn, der sogenannten Biodiversitätskonferenz, getroffene Verabredung zwischen dem damaligen Umweltminister *Sigmar Gabriel* und dem Präsidenten der UN-Generalversammlung *Srgjam Kerim*. Die UN-Diplomaten in New York befürchteten zwar, eine zusätzliche Sondersitzung zur Biologischen Vielfalt würde das Hauptthema ›Armutsbekämpfung‹ konterkarieren. Es gelang glücklicherweise, diese davon zu überzeugen, beide Themen behandeln zu lassen. Ein Teil der Sitzungszeiten wurde reserviert, um den Zusammenhang zwischen Ökosystemen, Umwelterhalt sowie Armut und Hunger darzustellen.

Neben Umweltzerstörung und Klimawandel gibt es sicherlich weitere Ursachen für die sich verschärfende Problematik des Hungers. Aber eine zunehmende Verschlechterung der Umweltqualität und ein beschleunigter Klimawandel werden diese Hungerursachen noch verschärfen und unsere Möglichkeiten begrenzen, Lösungen zu finden.

Der *Klimawandel* ist in vollem Gange. Nicht jeder Starkregen oder jede Trockenperiode in Teilen Deutschlands beweisen diesen Wandel. Aber die Anzahl der Extremwetterereignisse wird zunehmen, bei uns wie auch in anderen Teilen der Welt und ganz besonders dort, wo die Ärmsten der Armen leben. Wir werden mehr Dürren erleben, aber auch mehr Überschwemmungen und Fluten, längere Zeiten von Trockenheit und dadurch verursachte Wasserverknappung. All das sind Folgen des



Jochen Flasbarth

Klimawandels. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in unseren Anstrengungen für den Klimaschutz nicht nachlassen.

Klimaschutz ist ein globales Erfordernis und bedarf der Mitwirkung aller Staaten. Kein Land darf sich aus der Pflicht entlassen, alles zu tun, was ihm möglich ist, noch bevor man sich auf international abgestimmte Aktivitäten geeinigt hat. Wir in Deutschland können uns keineswegs selbstzufrieden zurücklehnen, auch wenn man uns attestiert, unseren Klimaschutzzielen Genüge zu tun. Dies ist gleichzeitig die Bedingung dafür, andere Industrieländer mit ins Boot zu holen, aber auch Schwellenländer, die an Bedeutung gewinnen: China, Brasilien, Südafrika und Indien zum Beispiel. Nur so lassen sich die Auswirkungen des Klimawandels auf ein Ausmaß

begrenzen, das noch eine Steuerung zulässt. Wissenschaftler erklären uns, dass eine Zunahme der durchschnittlichen globalen Temperatur um 2 Grad gerade noch beherrschbar ist. Was darüber hinausgeht, wird Umwälzungsprozesse von großer Dynamik mit sich bringen, sodass – nach heutigem Wissen – vernünftiges Steuern kaum mehr möglich ist. Selbst die bereits als unvermeidbar akzeptierte Steigerung um 2 Grad wird zu enormen Veränderungen auf der Erde führen.

Der indische Nationalökonom *Pavan Sukhdev*, der auch an der Biodiversitätskonferenz in Bonn teilnahm, hat gezeigt, welche ökonomischen Wirkungen es mit sich bringt, wenn wir Natur bzw. Biologische Vielfalt verlieren. Ein eindrückliches Beispiel ist der Verlust an Korallenriffen: Schon die heutige Zunahme der Treibhausgase in der Atmosphäre wirkt nicht nur auf unsere Atmosphäre, sondern auch auf die Meeresökosysteme. Korallenriffe tolerieren nur einen begrenzten CO₂-Anteil im Meerwasser. Heute ist ein Punkt erreicht, an dem die Versauerung, der CO₂-Eintrag in die Ökosysteme, so hoch ist, dass das Absterben von Korallenriffen im Grunde ausgemachte Sache ist. Korallenriffe sind aber nicht nur charismatische Ökosysteme, die Kinder erfreuen, wenn sie in einem Aquarium simuliert werden oder von Tauchern bewundert werden, sondern sie bieten auch eine Einnahmequelle in einem Erdgürtel, in dem besonders arme Menschen leben, die auf Fischfang oder auf Einnahmen durch Tourismus angewiesen sind. Nicht nur den Verlust eines schönen Ökosystems müssen wir beklagen, sondern auch den Verlust der Existenzgrundlagen der dort lebenden Bevölkerung.

Weitreichende Auswirkungen sind auch für die Wasservorkommen auf der Erde zu erwarten. Gerade in den trockenen, den *ariden* Gebieten werden die Wasservorräte weiter vermindert. Darum ist es wichtig, frühzeitig zu erkennen, wie diese Effekte konkret aussehen könnten, um dann wenigstens in gewissem Umfang gegenzusteuern. Das erscheint nicht aussichtslos, erfordert aber entschlossenes Vorgehen, vor allem in den Entwicklungsländern, die davon betroffen sind. Hier wird der Zusammenhang zu *good governance*, zu einer ›guten Regierungsführung‹, deutlich: Man darf diese Länder nicht aus ihrer eigenen Verantwortung entlassen. Aber sie brauchen unsere Unterstützung.

Ein anschauliches Beispiel, das die Schwierigkeiten aufzeigt, bietet Kenia: Einer der größten Waldkomplexe dort, der *Mau Forest*, ist in den vergangenen Jahrzehnten durch illegale Abholzung und Landnahme systematisch degradiert worden. Daran beteiligten sich auch die kapitalkräftigen Eliten. Aber auch viele kleinbäuerliche Familien, die die pure Not in den Wald trieb, haben Teile dieses Waldes unter den Pflug genommen. Premierminister *Raila Odinga* hat dies als eines der Kernprobleme des Landes benannt, weil durch das Abholzen des *Mau Forest* das Wasser in

den tiefer gelegenen Regionen des Landes so knapp wurde, dass dort eine vernünftige Landbewirtschaftung nicht mehr möglich war. Odinga erklärte, den Wald wiederherstellen zu wollen, weil nur so die Bewässerung auf viel größeren Flächen weiter unten im Land auf Dauer zu sichern sei. Nun bekommt er es aber mit den Eliten, zum Teil aus seiner eigenen Partei, zu tun. Und weil er nicht nur die »bösen Großen« aus dem Wald herausbekommen muss, sondern auch alle anderen, kommt es natürlich zu Unruhen vor Ort. Um solche Reparatur- und Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen, bedarf es kluger Führung in den jeweiligen Ländern. Aber auch unsere Hilfe ist erforderlich.

Weitere Konflikte, die aus Klimaschutzmaßnahmen selbst entstehen können, werden wir noch diskutieren. Das Stichwort *Biosprit* gibt Anlass zu der Frage: Sind erneuerbare Energien eigentlich immer positiv zu bewerten? Darüber wird hierzulande lebhaft debattiert. Die Umstellung von Kohle- und Atomenergie auf erneuerbare Energien wird nicht automatisch zu gesellschaftlicher Eintracht führen.

Bärbel Dieckmann: Mit diesem Friedensgespräch werden zu Recht die Zusammenhänge zwischen der Problematik des Welthungers und des Weltfriedens thematisiert. Schon gegenwärtig geht es bei den Kriegen in der Welt auch um Ressourcen, um Land, um Wasservorräte. Ich bin sicher, dass wir keine Welt ohne kriegerische Auseinandersetzungen haben werden, wenn wir nicht ein Stück weit die Armutproblematik lösen. Trotzdem möchte ich mit etwas Positivem anfangen, weil das dazu motiviert, nach Lösungen zu suchen. Als 1962 der damalige Bundespräsident die Gründung der *Welthungerhilfe* verkündete, lebten ca. 30% der Weltbevölkerung unter der Armutsgrenze. Heute sind es 15%. Die Zahl von einer Milliarde Menschen ist immer noch viel zu hoch, aber selbst das ist eine Aussage mit auch positivem Gehalt: In den vergangenen 5 Jahrzehnten gab es ein enormes Bevölkerungswachstum. Die Weltbevölkerung nimmt jetzt jährlich um 80 Mio. Menschen zu. Es müssen jedes Jahr so viele Menschen, wie in Deutschland leben, zusätzlich ernährt werden. Zwar ist auch die Nahrungsmittelerzeugung angestiegen, und wir wissen, dass eigentlich genügend Nahrungsmittel produziert werden. Dem steht aber einerseits das Problem der Verschwendung und des Verderbs von Nahrung gegenüber: In Deutschland werden jährlich 20 Mio. Tonnen Lebensmittel weggeworfen, für die Entwicklungsländer werden die Nachernteverluste mit bis zu 40% Prozent angegeben. Andererseits gibt es offensichtlich ein *Verteilungsproblem* bei Nahrungsmitteln. Diejenigen, die über ausreichend Geld und Einkommen verfügen, können sich selbst bei steigenden Preisen die benötigten Nahrungsmittel leisten. Sie kaufen dann vielleicht etwas weniger Fleisch und essen dafür anderes. Es besteht ein

enger Zusammenhang zwischen Hunger und Armut, und hinzu kommt, dass gerade diejenigen, die in Regionen leben, die durch den Klimawandel besonders belastet werden, dort nicht das Einkommen erzielen können, um die erforderlichen Nahrungsmittel zu kaufen.

Eine ganze Reihe von Ländern konnte in den vergangenen Jahren große Erfolge in der Hungerbekämpfung verzeichnen, darunter mehrere lateinamerikanische Staaten wie Brasilien, aber auch eine Reihe von Ländern in Afrika. Aus Ländern, in denen nicht mehr ganz elementare Erfordernisse einer Hungerbekämpfung bestehen, zieht sich die Welthungerhilfe zurück; und so sind wir derzeit noch in 37 Ländern tätig. Wir sehen aber, dass Fortschritte möglich sind.

Ein anderes Beispiel zeigt, dass es auch um Verteilung geht: 260 Mio. Menschen, gut ein Viertel aller Hungernden in der Welt, leben in Indien, einem Land, wo es zugleich hohes Wirtschaftswachstum und eine steigende Zahl von sehr reichen Menschen gibt. Dort wären Umverteilungen möglich. Man muss die jeweiligen lokalen Bedingungen kennen und das nötige Wissen haben, um die richtigen Schritte zu tun, um zu richtigen Lösungen zu gelangen.

Wichtig sind vor allem folgende Punkte: Vier Fünftel aller Hungernden leben auf dem Land, dort, wo Nahrungsmittel erzeugt werden. Wenn gerade dort Menschen hungern, so sind dafür oft Naturgegebenheiten bzw. Umweltbedingungen ursächlich, wie z.B. Wassermangel. Sehr oft ist dort aber auch ein Mangel an Bildung feststellbar, von dem Männer,



Bärbel Dieckmann

Frauen und Kinder, die nicht lesen und schreiben können, die keine Kenntnisse haben, wie man sich helfen kann, gleichermaßen betroffen sind. Das hat auch mit schlechter Regierungsführung zu tun, wenn etwa Regierungen ihren Bevölkerungen keine ausreichenden Bildungsangebote zur Verfügung stellen. Gründe können aber auch darin liegen, dass über viele Jahre etwa der Internationale Währungsfonds und die Weltbank Zuschüsse für diese Länder davon abhängig gemacht haben, dass die lokalen Märkte für ausländische Importe geöffnet werden. ›Markttöffnung‹ klingt wunderbar und ist theoretisch vielleicht nicht falsch. Faktisch aber hat die Öffnung der Märkte bewirkt, dass Bauern, die ohnehin kaum Nahrungsmittel für den Verkauf produzierten, durch Agrarprodukte aus anderen Ländern wie den USA oder aus Europa – teils subventionierte Nahrungsmittel! – plötzlich ins Hintertreffen gerieten, und es lohnte sich für viele dieser Bauern überhaupt nicht mehr, etwas anzupflanzen. In Haiti ist eine der Ursachen für Hunger der Umstand, dass Reis dort nicht mehr angepflanzt wird, obwohl die Naturbedingungen gut wären. Denn der Reis aus den USA wird so billig importiert, dass sich der Reisanbau für die Einheimischen nicht rentiert.

Der *Klimawandel* bringt zusätzliche Beschwerden mit sich. Wir arbeiten in vielen Ländern, in denen Naturkatastrophen nachweislich zunehmen. Auch in Europa macht sich der Klimawandel bemerkbar. Aber in wohlhabenden Ländern gibt es Möglichkeiten, darauf zu reagieren, selbst wenn eine Naturkatastrophe eintritt. In armen Ländern schlagen Naturkatastrophen viel härter ein. Die Welthungerhilfe hat zusammen mit ihren Bündnispartnern vor kurzem den *Weltrisikobericht 2011* vorgestellt. Darin wird gezeigt, dass ein Teil der Auswirkungen von Naturkatastrophen auf die unzureichende Bauweise von Häusern zurückgeht, die zerstört wurden oder die in Überflutungsgebieten errichtet worden waren. Aus diesen Gründen forderte auch das jüngste Erdbeben in Haiti so viele Menschenleben, und Pakistan musste 2010 eine große Flutkatastrophe apokalyptischen Ausmaßes erleiden. Ein Teil dieser Katastrophen geht darauf zurück, dass überhaupt keine Schutzmaßnahmen getroffen worden waren.

Das *land grabbing* beschäftigt auch die Welthungerhilfe sehr. Der Kauf von Land durch Investoren aus wohlhabenden Staaten kann die Entwicklung in Ländern der Dritten Welt völlig blockieren. In Kambodscha sind inzwischen 40% des bebaubaren Landes in der Hand ausländischer Investoren. Neben dem Ausverkauf von Land geht es um die Verfügung über das Wasser: Man kauft Land, das mit Wasser noch gut versorgt ist, und baut bevorzugt solche Agrarpflanzen für den Export an, die stark wasserzehend sind. Der heimischen Landwirtschaft in den Entwicklungsländern bleibt nur der aufwendiger zu bebauende Boden übrig.

Auch mit der *Nahrungsmittelspekulation* müssen wir uns beschäftigen. Es wird inzwischen viel Kapitalvermögen auf der Welt bewegt. Seit einigen Jahren wird nicht mehr nur in Aktien oder Immobilien investiert, sondern es gibt eine lebhaftere Börsenspekulation im Nahrungsmittelsektor. Dies hat zu Preissteigerungen von durchschnittlich 10-15% geführt, was für einen armen Landwirt oder für eine Familie in den Entwicklungsländern eine beträchtliche Verteuerung darstellt. Alle westlichen Nichtregierungsorganisationen sind sich darin einig, dass es deshalb vorrangig darauf ankommt, in den Entwicklungsländern eine gute Regierungsführung zu unterstützen. Im Gegenzug zur Hilfe, die dorthin gegeben wird – und viele Länder brauchen diese Unterstützung –, müssen wir einfordern, dass bestimmte rechtsstaatliche Regeln eingehalten werden, dass Korruption bekämpft wird, dass Menschenrechte anerkannt werden, besonders das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser. Aber wir müssen auch unser eigenes Verhalten daraufhin überprüfen, wieweit wir dieses bei zunehmender Belastung dieser Welt beibehalten können, ohne dass dies auf Kosten der Entwicklungsländer geht.

Ich bin davon überzeugt, dass wir den Druck, der wachsen wird, wenn es nicht zu einer gerechteren Verteilung von Wasser, Land und Nahrungsmitteln kommt, in Europa, in den Industrieländern, auf Dauer nicht aushalten werden. Wir werden gar nicht so viele Grenzen schützen können, wie Menschen sich am Ende auf den Weg machen werden, um besser zu leben. Diese Menschen kann man ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ nennen. Klar, sie wollen besser leben. Aber niemand verlässt gern und ohne Not das Land, in dem er lebt. Deshalb werden wir auch in den nächsten Jahren in der Verpflichtung stehen, gemeinsam Hunger zu bekämpfen.

Klaus Jongbloed: 2008 wurden 3,2 Milliarden Tonnen Getreide geerntet, so viel wie nie zuvor. Trotzdem gibt es eine Milliarde hungernder Menschen. Wie kommt es zu diesem Widerspruch?

Bärbel Dieckmann: Das Getreide wird größtenteils in Regionen produziert, in denen es nicht verzehrt wird. Es wird eingelagert und wurde z.B. in Russland im Jahr 2010 eingedient von Dürren in den Vorjahren zurückgehalten, anstatt für den Export bereitzustehen. Das Problem ist, dass Nahrungsmittel nicht dort angebaut werden, wo die Menschen leben, die sie brauchen. Wie gesagt: Vier Fünftel der Hungernden leben in ländlichen Gebieten. Man muss dafür sorgen, dass die Menschen sich dort selbst ernähren können. In diesen Ländern ist zu wenig in die Landwirtschaft investiert worden.

Uschi Eid: Dabei sind vor allem auch die Agrarexporte aus Europa wirklich ein großes Problem. Seit Jahren schon können Kleinbauern in Afrika mit den eigenen Produkten gegenüber jenen Importen, die zum Teil subventioniert auf die Märkte kommen, nicht mehr konkurrieren. Es wirkt allerdings lähmend, immer den anderen die Schuld zuzuweisen. Es ist Bundeskanzler *Schröder*, der Afrika stark im Blick hatte, zu verdanken, dass afrikanische Initiativen durch Wissenschaftskooperation in der Agrarwissenschaft unterstützt wurden. Im Rahmen



Uschi Eid

des afrikanischen Reformprogramms NePAD (*New Partnership for Africa's Development*) entwickelten Afrikaner eine eigene Agrarstrategie und begannen, die Forschung in dort existierenden Instituten voranzutreiben. Mit ihrer Afrikapolitik hat die rot-grüne Bundesregierung versucht, afrikanische Anstrengungen zu einer angepassten und integrierten Landwirtschaft zu unterstützen. Diese muss auf die Lösung regionaler Probleme ausgerichtet sein. Die Forschung darf sich nicht auf exportfähige Agrarprodukte konzentrieren und muss sich um lokal angepasste Produktionsmethoden kümmern, die letztlich auch zur Produktivitätssteigerung führen. So weiß man, dass das Pflügen des Ackerbodens in einer trockenen Region schädlich ist, wenn dadurch die letzte Feuchtigkeit nach oben geholt wird und der Boden austrocknet. Das ist nur ein kleines Beispiel.

Man muss endlich auch mehr Geld in die Entwicklung innovativer Landtechnik investieren und fragen, welche neuen landwirtschaftlichen Geräte sinnvoll eingesetzt werden könnten. Wenn man weiß, dass in Afrika 80% des Wassers für die Bewässerung in der Landwirtschaft benutzt werden, davon aber wiederum 80% in der Hitze verdunsten, wird deutlich, dass andere, angepasste Techniken nötig sind. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO propagiert z.B. die Einführung von Tröpfchenbewässerung, mit der sich 30-60% des Wassers sparen ließen.

Leider liegt das ländliche Beratungswesen in Afrika völlig darnieder: Durch die Struktur Anpassungsmaßnahmen der Weltbank und des IWF in den 1980er-Jahren wurden der öffentliche Sektor verkleinert und das ländliche Beratungswesen ruiniert. Deshalb kommt das Wissen, das in Forschungsinstitutionen vorhanden ist bzw. entsteht, nicht mehr bei den Bauern an. Auch am Ausbau von Märkten in den Städten, auf denen Kleinbauern ihre Erzeugnisse verkaufen könnten, hapert es. Die Marktplätze sind so unzureichend, dass oft schon ein Platzregen die offen ausliegenden Nahrungsmittel zerstört. Abhilfe sollte damals die Entwicklungskooperation zur Unterstützung des Ausbaus von wetterfesten Märkten bieten. Ein anderes Ziel war der Ausbau von Feldwegen, damit die Kleinbauern mit ihren Produkten schnell genug zum nächsten Markt kommen und sie verkaufen können, bevor sie verderben.

Klaus Jongbloed: Die hiesige Region mit den Landkreisen Vechta, Cloppenburg, Osnabrück, Emsland ist für eine Vielzahl großer Agrarbetriebe bekannt. Sie bildet den ›Fleischgürtel‹ nicht nur Niedersachsens, sondern ganz Deutschlands. Vonseiten des Bauernverbandes hört man oft: Wir müssen hier mehr produzieren, damit anderswo die Menschen satt werden. Mit diesem Argument wird häufig auch für die Ausweitung der Massentierhaltung und die weitere Intensivierung der Landwirtschaft geworben. Ist das Argument stichhaltig?

Bärbel Dieckmann: Das Argument, Lebensmittel besser dort zu produzieren, wo die Bedingungen günstiger sind als in Entwicklungsländern, ist nicht überzeugend, solange nicht gleichzeitig etwas getan wird, um in diesen Entwicklungsländern Wachstum und Einkommensmöglichkeiten für die Menschen zu schaffen, damit Lebensmittel gekauft werden können. Das ist aber nicht der Fall, und darum ist das Argument nicht stichhaltig.

Man muss gewährleisten, dass die jetzt Hungernden ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln bekommen. Die vielen Bauern mit wenig Land müssen auf ihren Böden so viel produzieren können, dass sie ihre Familien ernähren können und möglichst noch etwas auf dem nächsten Markt verkaufen können. Erst damit wird Einkommen generiert, das nötig ist, um vielleicht die Kinder zur Schule schicken zu können. Das ist der erste Schritt bei der Hungerbekämpfung.

Jochen Flasbarth: Die Vorstellung, mit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland die Hungerprobleme in der Welt zu lösen, ist abwegig. Man muss fairerweise sagen, dass die europäische Agrarpolitik sich ändert, aber das geschieht nicht schnell und nicht weitgehend genug. Was die Agrarexporte in andere Länder angeht, hat sich die Lage in

den vergangenen zehn bis 15 Jahren gebessert. Heute ist eines der großen Probleme der *Import von Futtermitteln* für die hiesige »Veredlungswirtschaft«. Die bei uns erzeugten Futtermittel reichen für die Tierproduktion bei Weitem nicht aus. Einen Teil produzieren wir hier, und auch das kann regional mit Problemen behaftet sein, aber einen gewichtigen Teil importieren wir. Ein bedeutender Teil Regenwaldzerstörung am Amazonas findet eben für den Sojaanbau für Europas Tierproduktion statt. Dies ist der eigentliche Treiber von Zerstörung in Brasilien, nicht der Zuckerrohranbau in der Region um São Paulo. Wenn man sich viele Jahre um Naturschutz und Umweltschutz kümmert, vergießt man nicht mehr jedes Mal Tränen, wenn man etwas Schlimmes sieht. Aber für mich war es ein furchtbarer Anblick, als ich mit *Greenpeace* über die sogenannte »Sojafront« am Amazonas flog und sah, wie riesige Wälder abgefackelt wurden – nicht von Kleinbauern, sondern in großem Stil, zum Teil kriminell organisiert. Das treibt einem tatsächlich die Tränen in die Augen. Davon profitieren diejenigen, die die auf diesen abgebrannten Flächen angebauten Futtermittel nach Übersee verkaufen.

Klaus Jongebloed: Die intensive Landwirtschaft ermöglicht also nicht etwa die Ernährung der Welt, sondern verschlimmert noch das Klimaproblem und dadurch sogar den Hunger?

Jochen Flasbarth: Eine sehr gute internationale Bestandsaufnahme dazu bietet der Weltagrarrbericht des Weltagrarrates (*International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development*, IAASTD). Er zeigt, dass nicht die Intensivlandwirtschaft in unserem Sinne die Lösung ist, sondern eine »angepasste« Landwirtschaft, die deswegen aber nicht ineffektiv ist. Wir brauchen eine effektive Landwirtschaft, die die Betriebsmittel und bestimmte Techniken der Bewässerung und der Bodenbearbeitung optimal nutzt, also angepasste, nachhaltige Landbewirtschaftungsmethoden praktiziert. Sie muss von den bisherigen Methoden Abstand nehmen, die im Wesentlichen kapitalintensiv und mit einem großen Technikeinsatz verbunden sind. Sie führen in der Tendenz zu einseitigen Bodenbelastungen, zur Reduzierung von Fruchtfolgen, zum Verlust von Humusschichten und letztendlich zu einer verringerten Tragkapazität der Böden.

Klaus Jongebloed: Die Landwirte in unserer Region müssen aber auch als Unternehmer erfolgreich sein. Sie werden sicherlich so gut und so effektiv wie möglich arbeiten, und wahrscheinlich auch so natur- und tierschützend, wie es geht. Was müsste sich denn hier in der Landwirtschaft ändern?

Jochen Flasbarth: Nach wie vor werden jährlich mehr als 50 Mrd. Euro aus dem Budget der EU für die Landwirtschaft ausgegeben. Ich glaube, es ist eine Frage kluger Steuerung, das Geld so einzusetzen, dass ein Landwirt mit gutem Gewissen unternehmerisch wirken und im Einklang mit Natur und Umwelt wirtschaften kann. Im Gegensatz zu Politikbereichen, in denen nur mit Ordnungsrecht, Geboten und Vorschriften etwas geregelt werden kann, haben wir im Agrarbereich die Möglichkeit, mit Fördermitteln zu steuern. Das muss sinnvoll geschehen, dann können der ganze Konflikt und die gesellschaftliche Spannung, die darin steckt, deutlich abgebaut werden.

Klaus Jongebloed: In der EU wird über eine neue Agrarpolitik verhandelt, auch über neue Strategien und neue Vorgaben. EU-Kommissar *Dacian Cioloș* hat in dem Zusammenhang ein *Greening* angekündigt, eine ›grünere‹ Landwirtschaft, aber noch ist nicht klar, was das heißen soll. Wie müsste sich die Landwirtschaft in Europa ändern, auch um einen nachhaltigen Beitrag zur Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung zu leisten?

Uschi Eid: Dazu muss man auch auf die Seite der *Konsumenten* schauen. Ein Beispiel gibt der hiesige Geflügelkonsum: In den Medien wurde schon vor einiger Zeit berichtet, dass in Westafrika billige, von der EU subventionierte Hähnchenteile auf den Markt kommen. Daran stimmte zwar nicht, dass diese Exportware subventioniert war. Richtig ist aber, dass die Europäer eben nur die ›guten‹ Teile wie Brust und Keule verzehren. Geflügelschlachtereien und Lebensmittelindustrie bringen die übrigen essbaren Teile, die hier mittlerweile unverkäuflich sind, tiefgefroren und verpackt auf die Märkte in Westafrika. Die Frauen, die dort traditionell Hühner aus eigener Aufzucht verkauften, verloren diese Einkommensquelle, denn die importierten Hühnerenteile wurden viel billiger angeboten. Daran können wir mit einem veränderten Verbraucherverhalten etwas ändern. Hinzu kommt: Wenn ich nur jede Woche ein- oder zweimal ein gutes, wenn auch teureres Stück Fleisch kaufe, tue ich auch der Umwelt mehr Gutes, als wenn ich jeden Tag ein billiges Schnitzel kaufe. Das würde unseren ›Wasser-Fußabdruck‹ in der Ökobilanz verringern, wenn wir unseren Küchenszettel mal durchforsten und uns umweltverträglich und wirtschaftlich fair verhalten würden.

Klaus Jongebloed: Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch beträgt der Welternährungsorganisation zufolge derzeit 25 Kilogramm. Gleichzeitig sagt die FAO, dieser Wert würde sich bis 2030 auf 45 Kilogramm erhöhen. Für diese Steigerung müssten 390 Mio. Rinder, 560 Mio. Schafe und Ziegen sowie 190 Mio. Schweine zusätzlich geschlachtet werden. Herr

Flasbarth, Sie haben vor einiger Zeit in einem Interview gesagt: Es geht auch mit weniger Fleisch. Frau Bundesministerin *Aigner* sagt dazu immer, sie wolle den Bürgern nichts vorschreiben.

Jochen Flasbarth: Es gibt Bereiche, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich zu Recht nicht gern vom Staat etwas vorschreiben lassen. Die Frage danach, was auf den Teller kommt, gehört dazu und auch, wie man seinen Urlaub verbringt. Aber auf problematische Zusammenhänge *hinzuweisen*, kann sehr wohl eine staatliche Aufgabe sein. Ich wünschte mir, die Diskussion über unser Verhalten würde stärker auch von Verbänden und in den Kirchen geführt. Das würde eine größere Aufmerksamkeit finden und wirkungsvoller sein, als wenn der Staat versuchen würde, so etwas auf dem Rechtsweg umzusetzen. Natürlich ist auch der Ratschlag richtig, mehr auf Qualität der Lebensmittel zu achten. *Rainer Grießhammer* vom Öko-Institut, der im Jahr 2010 mit dem Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ausgezeichnet worden ist, brachte dies auf den Punkt, als er sagte: »In unsere KÜcheneinrichtungen investieren wir unglaublich viel Geld, aber das, was wir kaufen, um es da zu brutzeln ... Gammelfleisch in der Edelstahlküche!«

Publikum: Viel war von den strukturellen Problemen der Nahrungsmittelproduktion und -versorgung die Rede. Wie kann man daneben gefährdete Bevölkerungsgruppen durch soziale Grundsicherungsmaßnahmen gegen Schocks, die zum Beispiel durch Nahrungsmittelkrisen erfolgen, absichern? Wie könnte eine vorausschauende Sozialpolitik aussehen?

Publikum: Könnte ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen sicherstellen, dass die Menschen sich ernähren können?

Publikum: Welche Maßnahmen kommen in Betracht, um das Bevölkerungswachstum so zu begrenzen, dass auch die Nahrungsmittel, die zur Verfügung stehen, ausreichend sind?

Publikum: Ist nicht die Ursache für den Hunger in vielen Ländern vor allem die ungleiche Landverteilung dort?

Bärbel Dieckmann: In vielen Industriestaaten werden sozialpolitische Maßnahmen ergriffen, um bestimmten Gefahrenlagen zu begegnen. Auch in Deutschland gibt es gesetzliche Hilfen für den Fall, dass Menschen in Hungersituationen geraten. Den Armutsbegriff kann man allerdings für Deutschland nicht in gleicher Weise wie für Afrika verwenden. Wenn gesagt wird, in Deutschland leben 10% der Kinder in Armut, heißt das,

dass jedes dieser Kinder trotzdem zur Schule gehen kann, ausreichend Wohnraum und eine Krankenversicherung hat. Es gibt Staaten in Asien und Afrika, die mit der Einführung von einer Art Grundsicherung oder einer Krankenversicherung begonnen haben. Aber in den meisten Ländern ist das nicht der Fall, und ich bezweifle, dass hier in den nächsten Jahren große Fortschritte zu erwarten sind.

Das Bevölkerungswachstum muss auf Dauer gestoppt werden. Dies wird aber erst geschehen, wenn es den Menschen besser geht, wenn insbesondere die Frauen besser gebildet und berufstätig sind, wenn die Kindersterblichkeit gesunken ist, wenn Kinder nicht mehr Teil der eigenen Altersversorgung sind. Beispiele wie das einer 13-Jährigen, die von ihrer Familie verheiratet wird – oft an einen viel älteren Mann, weil sie versorgt werden muss – und bis zum Alter von 24 fünf oder sechs Kinder bekommen hat, wovon drei bereits gestorben sind, sind zahlreich. Für diese jungen Frauen gibt es bisher kaum eine Möglichkeit, sich anders zu verhalten; sie wissen und kennen es nicht anders.

Uschi Eid: Die sogenannte ›Bevölkerungspolitik‹ hat in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit verloren. Früher wurden Familienplanung und Sexuaufklärung mehr unterstützt. Beim Besuch in einer Familienplanungsstelle auf den Kapverden bekam ich einmal auf die Frage, ob denn überhaupt genug Frauen zur Beratung kämen, die Antwort: Es geht nicht nur um Frauen, die *Männer* müssen kommen. Denn sie sind es, die ihre Männlichkeit dadurch unter Beweis stellen wollen, dass die Frau sieben, acht, neun Kinder bekommt. Die Frauen müssen lernen, dass sie das Recht haben, Nein zu sagen. Das Problem ist, dass Frauen erst dann, wenn sie ein gewisses Maß an Bildung genossen haben, selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Richtig ist aber auch, dass Bevölkerungspolitik bei uns mittlerweile fast ein Tabuthema ist. Hinzu kommt, dass die US-Amerikaner sich aus diesem Bereich zurückgezogen haben, nachdem die Aidsbekämpfung wegen der empfohlenen Benutzung von Kondomen vonseiten christlich-fundamentalistischer Kreise kritisiert worden war.

Vorrang vor der Frage nach einer angemessenen Sozialpolitik muss m.E. die Schaffung von Arbeitsplätzen haben – besonders für den afrikanischen Kontinent mit jetzt 54 Staaten, in denen es wenig zu verteilen gibt, weil wenig produziert wird. Passenderweise müsste der Slogan also ›Arbeitsplätze für die Welt‹ statt ›Brot für die Welt‹ heißen. Es muss darum gehen, vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen. Rahmenbedingungen sind nötig, dass sich ein Kleinunternehmertum entwickeln kann, ausländische Investitionen getätigt werden und eine verarbeitende Industrie entsteht. In Afrika sind 50% der Menschen unter 25 Jahre alt und haben kaum eine Perspektive. Sobald es Arbeitsplätze gibt, haben die Menschen ein Einkommen

und zahlen Steuern. Dann hat der Staat auch etwas zu verteilen. Das heißt nicht, die am stärksten von Hunger bedrohten Gruppen in Notsituationen allein zu lassen. Möglichkeiten zur Hilfe bieten z.B. Speisungen in Schulen und Krankenhäusern.

Die Verteilung des Landbesitzes ist ein wichtiges, andauerndes Problem. In vielen Ländern Afrikas gibt es große Flächen un bebauten Landes, das z.T. in kommunalem Besitz ist. Agrarreformen, wie sie in Preußen und Deutschland durch *Hardenberg* und *Stein* erfolgten, müssen in afrikanischen Staaten, auch in Lateinamerika, noch durchgeführt werden. Wir können von unserer Seite nur dahingehend beraten, dass Grundbücher geführt und Landtitel ausgegeben werden. In Ghana z.B. unterstützt die deutsche Entwicklungskooperation solche Schritte. Kritiker sollten anerkennen, dass die Emanzipation armer landloser Menschen erst dadurch möglich wird, dass man ihnen ein Stück Land gibt, über das sie selbst verfügen können. Millionen von Menschen weltweit, die in ländlichen Gebieten leben und doch kein Stückchen Land besitzen, gehören zu den Ärmsten der Armen. Und es gibt Länder, da sind es die Frauen, die Witwen, die überhaupt nichts haben, obwohl hauptsächlich sie die Felder bestellen. Landreformen dort durchzuführen, brennt unter den Nägeln.

Klaus Jongebloed: Müsste Bildung, die gefordert wurde, um eine Eindämmung des Bevölkerungswachstums zu erreichen, nicht auch Umweltbildung umfassen? Wie ließe sich das umsetzen? Sollte von externer Seite jemand kommen und ›Umwelt‹ unterrichten?

Jochen Flasbarth: Wichtig ist zunächst eine Grundbildung. Bei uns reden wir zwar viel über Energieeinsparung und -effizienz. Aber in manchen afrikanischen Ländern muss die Elektrizität überhaupt erst einmal in die Dörfer kommen, damit die Kinder, die zum Teil tagsüber arbeiten und mithelfen, abends, wenn es dunkel ist, Lesen und Schreiben lernen können. Anders als bei uns, die wir über Energieumstellung und CO₂-Emissionen diskutieren, gibt es in diesen Ländern gute Gründe dafür und auch ein moralisches Recht dazu, den Energieverbrauch auszudehnen. Das müssen wir akzeptieren. Vieles muss in diesen Ländern passieren, anderes müssen wir bei uns regeln. Aber es gibt Bereiche, in denen wir zu internationalen Vereinbarungen kommen müssen. Das ist ein langwieriger, mühsamer Prozess, und es ist ärgerlich, wenn über internationale Konferenzen, die zur Lösung dieser Fragen einberufen werden, in den Medien oberflächlich gesagt wird, es sei wieder nichts dabei herausgekommen. Es gibt dazu keine Alternative; wir *müssen* uns zusammensetzen und uns bemühen, schrittweise zu Vereinbarungen zu kommen. Vor Kurzem habe ich öffentlich erklärt, dass wir für die *zentrale* Ressource auf der Welt, für den

Boden, endlich internationale Regeln brauchen. Die sogenannte *Wüstenkonvention* ist viel zu schwach, sie hat ein zu stark eingeschränktes Mandat. Hiervon ist auch die Frage einer nachhaltigen Bodenbewirtschaftung berührt, und zwar nicht nur mit Blick auf Biosprit, sondern auch auf Futtermittelanbau, sowie die Frage von Landnutzungspraktiken oder der Probleme wie *land grabbing*. Wie soll Frieden gehalten werden, wenn auf den Äckern immer mehr etwas geerntet wird, was Großinvestoren, Fonds oder anderen Staaten gehört, während in den Dörfern nebenan die Menschen nicht genug zu essen haben? Fragen, die wir international regeln müssen, sind: Unter welchen Bedingungen darf investiert werden? Wie viel Wasser darf verbraucht werden? Welche Nutzung der ertragreichsten Böden, der Wasserstandorte ist zulässig? Das entbindet uns nicht davon, bilateral schon etwas zu tun, entlässt auch die Entwicklungsländer nicht aus ihrer Pflicht, selbst etwas zu tun. Aber wir sollten auch weiter dafür eintreten, gemeinsam internationale Abkommen und Regelwerke zu schaffen, um unsere Erde nicht kurzfristig auszubeuten und zu zerstören.

Klaus Jongebloed: Herr Flasbarth, Sie haben Ende 2009 an der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen teilgenommen, bei der 20 Regierungschefs vor Ort waren. Das Ergebnis, der *Copenhagen Accord*, ist ein rechtlich unverbindliches dreiseitiges ›Papier‹.

Es hatte immer geheißt, das 1997 beschlossene *Kyoto-Protokoll* zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention der UN brauche eine Fortsetzung, aber man ist nicht zu einer Einigung gelangt. Ist es nicht so, dass das Interesse für Klimawandel und Klimaschutz schwindet? Wie wollen Sie dieses Thema weiterhin in der Öffentlichkeit glaubhaft präsent halten?

Jochen Flasbarth: Dass in Kopenhagen nichts Substanzielles herausgekommen ist, ist nicht zu beschönigen. Das ›beweist‹ aber gar nichts. Als ein positives, entwicklungspolitisch bedeutungsvolles Beispiel kann man dagegen die Konvention für Biologische Vielfalt (*Convention on Biological Diversity*, CBD) ansehen, deren Präsidentschaft Deutschland im Jahr 2008 übernommen hat. Dem damaligen Umweltminister *Gabriel* und Bundeskanzlerin *Merkel* habe ich erklärt, dass diese Konvention nur dann erfolgreich sein könne, wenn eine zentrale Forderung der Entwicklungsländer umgesetzt wird: Wenn biologische Ressourcen dieser Länder genutzt werden, um aus genetischem Material von Pflanzen oder Tieren Pharmazeutika herzustellen, dann müssen diese Länder auch an den Gewinnen beteiligt werden. Dafür sollte ein rechtsverbindliches Instrument geschaffen werden. Am Ende der deutschen Präsidentschaft entstand mit dem 2010 in Japan geschlossenen *Nagoya Protocol* ein Stück neues Völkerrecht, mit dem dieses Ziel erreicht und damit auch wieder neues Vertrauen

in den Entwicklungsländern geschaffen wurde, dass auch ihre Anliegen berücksichtigt werden.

Für den Klimaschutz gab es bei der UN-Klimakonferenz in Cancún im Dezember 2010 gewisse Fortschritte. Wir werden sehen, was Ende 2011 in Durban erreicht wird. Es ist ein mühseliger, langsamer Prozess. Aber die Flinte ins Korn zu werfen, können wir uns bei diesem Thema nicht leisten. Man kann im Übrigen auch ohne ein internationales Klimaregime etwas tun; die Staaten können eigene Schritte gehen, aber besser ist es, wenn wir uns international auf Regeln zum Klimaschutz einigen.

Klaus Jongebloed: Sie halten die Flagge der UN hoch, okay. Aber sind denn die Beschlüsse der UN wirksam? Es gibt eine UN-Resolution, die jedem Menschen das Recht auf den Zugang zu sauberem Trinkwasser garantiert. Gleichzeitig fehlt fast ebenso vielen Menschen der Zugang dazu, wie es Hungernde gibt: 900 Mio. Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Und die Zukunftsaussichten sind dramatisch: Experten sagen, bis 2025 könnten 8,5 Milliarden Menschen unter Wasserknappheit leiden. Die Deutsche Welthungerhilfe sagt, von 1911 bis 2011 hat sich die Weltbevölkerung verdreifacht, der Wasserverbrauch aber versechsfacht. Diese Realitäten lassen doch wohl an den schönen Resolutionen zweifeln?!

Bärbel Dieckmann: Manche Dinge kann und muss man einfach tun! Ein Beispiel: in einigen felsigen Gebieten Kenias fördert die Welthungerhilfe Projekte zur Sammlung von Regenwasser in Tanks. Mehrere Dörfer haben so viel Regenwasser gesammelt, dass sie von der Regenzeit Ende Mai bis zur nächsten Regenzeit Anfang Dezember auskommen. Man muss es einfach machen! Das gilt für mich auch für die Energieversorgung. In vielen Ländern Afrikas kann man Solarenergie und Biomasse nutzen. Mein Plädoyer geht dahin, die Maßnahmen, von deren Nutzen wir überzeugt sind und die wir realisieren können, auch umzusetzen. Dann wären wir schon ein riesiges Stück weiter.

Uschi Eid: Mit den UN-Millenniumsentwicklungszielen wurde übrigens keineswegs *allen* Menschen bis zum Jahr 2015 Zugang zu verbesserten Wasserquellen versprochen, sondern »nur« die Halbierung des Anteils der Menschen angestrebt, die keinen Zugang dazu haben. Umso richtiger war die Verabschiedung eines echten *Menschenrechts auf Wasser und sanitäre Grundversorgung* im Juli 2010 durch die UNO.

Klaus Jongebloed: Das Problem dabei ist, dass dies völkerrechtlich keineswegs bindend ist.

Uschi Eid: Nicht in dem Sinne, dass man eine Regierung vor Gericht bringen kann, aber doch so weit, dass die Öffentlichkeit, die Parlamente, bürgergesellschaftliche Gruppen ein politisches Instrument in die Hand bekommen haben, um die eigenen Regierungen dazu zu bewegen, dieses Menschenrecht umzusetzen. Es heißt auch nicht, dass jeder Mensch das Recht auf *unentgeltlichen* Zugang zu sauberem Wasser hat, aber in Notsituationen muss jedem Menschen eine Mindestmenge von 20 Litern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Wir sprechen heute über eines oder zwei von insgesamt acht Millenniumszielen, nämlich die Halbierung der Armut und des Hungers. Ein anderes Ziel ist z.B. die deutliche Reduzierung der *Müttersterblichkeit*. Dazu startete UN-Generalsekretär *Ban Ki-moon* 2010 eine sehr wirksame neue Kampagne. Innerhalb kürzester Zeit haben viele Regierungen dieser Welt im Gesundheitswesen etwas getan, um die Kinder- und Müttersterblichkeit zu reduzieren. Sein Vorgänger *Kofi Annan* hatte 2004 gesagt: Wasser ist der Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Er berief dazu ein Beratergremium, in dem ich Mitglied bin. Heute können wir absehen, dass Fortschritte beim Zugang zu Wasser erzielt wurden; bis 2015 wird das Wasser-Millenniumsziel erreicht werden. Dagegen wird das Sanitärversorgungsziel verfehlt werden: Immer noch haben 1,1 Mrd. Menschen keine Toilette und sind gezwungen, in der Öffentlichkeit zu defäkieren. In einer UN-Resolution ist 2010 zum ersten Mal das Ziel einer Welt formuliert worden, die »*open defecation-free*« ist. Auch dazu hat Ban Ki-moon eine neue Kampagne verkündet. Ihr Titel: *Sustainable sanitation: the five year drive to 2015*. Dies ist ein weiterer Impuls für den Zugang aller Menschen zu adäquaten Toilettenanlagen und für eine vernünftige Entsorgung menschlicher Fäkalien. Sicherlich gibt es Ziele, die als nachrangig erscheinen, weil sie einfach nicht charmant sind. Über sanitäre Ver- und Entsorgung wird meist nicht geredet, und nie sieht man einen Minister, der sich vor einer neu eröffneten Latrine oder Kläranlage fotografieren lässt.

Klaus Jongebloed: Ein Thema, das hier in der Region eine große Rolle spielt, ist die Nutzung von erneuerbaren Energien z.B. beim sogenannten »Agrosprit« oder durch Biogasanlagen. Einer aktuellen Prognose zufolge werden bis 2030 weltweit bis zu 58 Mio. Hektar Ackerland benötigt, um »Spritpflanzen« zu erzeugen. In einer Studie des Instituts für Europäische Umweltpolitik in London wird das Ziel formuliert, bis 2020 9,5% der durch Verkehrsmittel verbrauchten Energie in Form von Biosprit bereitzustellen. Das hätte gravierende Folgen, denn dazu müssten 69.000 Quadratkilometer Wald, Weiden oder Feuchtgebiete in Ackerland umgewandelt werden, was natürlich Auswirkungen auf das Klima hätte.

Negative Folgen für die Umwelt hat in steigendem Maß auch das Düngen landwirtschaftlicher Flächen mit tierischen Ausscheidungen, mit Gülle. Wie lässt sich das Ziel, vermehrt auf erneuerbare Energien zu setzen, mit den Folgen dieser Technologien wie etwa dem Flächenverbrauch und der Überdüngung in Einklang bringen? Sind wir da auf dem richtigen Weg?

Jochen Flasbarth: Der Stickstoffeintrag in unsere Umwelt durch hohe Düngergaben ist ein ungelöstes Problem. In anderen Ländern haben wir eher eine Stickstoffunterversorgung. Diese Überschüsse bei uns gehen auf die hohe Tierdichte in einigen Regionen zurück. In Deutschland wurden über die letzten Jahrzehnte viele Umweltbelastungen deutlich reduziert. Bei den Stickstoff- und Nährstoffeinträgen in die Umwelt ist dies noch nicht der Fall. Wenn wir am Ostseestrand die Schaumkronen sehen, wird das Problem für jeden offensichtlich.

Beim Thema Agrosprit bzw. allgemein der Bioenergie müssen wir zu einer ausgewogenen, vernünftigen, sachorientierten Debatte kommen. Es ist sicherlich ein Irrglaube, mit dem Agrosprit die Probleme eines nicht nachhaltigen Verkehrsverhaltens lösen zu können. Wenn wir in Deutschland aber zum Beispiel Geschwindigkeitsregulierungen wie in den meisten anderen EU-Ländern einführen würden, könnten wir einen Beitrag zur Energieersparnis leisten. Bei Agrosprit und Biogasanlagen haben auch die Medien zur Verwirrung beigetragen. Als der Ethanol-Treibstoff E10 an die Tankstellen kam, illustrierte das Fernsehen dies mit Bildern ausgedehnter Maisfelder, die mit E10 nichts zu tun haben, sondern allenfalls in Biogasanlagen zur Energieerzeugung genutzt werden. Damit wurde die Umweltpolitik mit ihren Anreizen zu erneuerbaren Energien diskreditiert. Ethanol wird aber im Wesentlichen aus Zuckerrohr oder, wie in Deutschland, aus der Zuckerrübe gewonnen. Das in Deutschland verwendete E10 stammt zum größten Teil aus europäischer Produktion. Oft wird behauptet, die Erzeugung von Agrosprit sei grundsätzlich klimaschädlich. Das trifft aber nicht auf eine nachhaltige Produktion aus Zuckerrohr zu, das unter günstigsten klimatischen Bedingungen erzeugt werden kann und eine sehr hohe Energiedichte hat. Erst recht durcheinander geht es im Zusammenhang mit E10, wenn zum Beispiel Palmölplantagen in Malaysia gezeigt werden. Bei dem E10 handelt es sich um Ethanol, dessen Hauptexportland Brasilien ist. Dort unternimmt die Regierung große Anstrengungen, die Probleme in den Griff zu bekommen. Ihr geht es um die Wiedernutzbarmachung von degradiertem Land, ehemaligen Kaffeeplantagen, und darum, im Wege von Landnutzungsplanung das Vordringen in Schutzgebiete zu verhindern. Ich plädiere für eine differenzierte Betrachtung der Bioenergieproduktion, denn pauschale Aussagen helfen nicht weiter.

Auch bei uns gibt es Möglichkeiten in der Landwirtschaftspolitik, etwas in Richtung Nachhaltigkeit zu steuern. Wenn wir hier z.B. mehrgliedrige Fruchtfolgen vorschreiben würden, was für gute landwirtschaftliche Praxis eigentlich selbstverständlich ist, müsste es das Problem mit der drohenden Dominanz des Maisanbaus nicht geben.

Klaus Jongebloed: Ist die Rede von der Konkurrenz zwischen ›Teller und Tank‹ tatsächlich unberechtigt? Gehen nicht durch den Anbau von Energiepflanzen, die uns ein umweltfreundlicheres Autofahren ermöglichen sollen, für die Nahrungsmittelproduktion wertvolle Flächen verloren, die man eigentlich für eine steigende Weltbevölkerung bräuchte?

Bärbel Dieckmann: Wir sind grundsätzlich der Ansicht, Ernährung geht vor Biosprit. Aber der Anbau von Pflanzen für Biosprit kann auch Einkommen schaffen. Wir können den Entwicklungsländern nicht jede Möglichkeit nehmen, Einkommen zu schaffen. Es gibt Missbrauch, es gibt aber auch eine Reihe von Ländern, wo das vernünftig gesteuert wird.

Uschi Eid: Es gibt auf diese Frage, ebenso wie beim *land grabbing*, keine einfachen Antworten. Beim Thema erneuerbare Energien und Energiepflanzen geht es nicht nur um Zuckerrohr, Soja oder Weizen, sondern auch um andere Pflanzen, wie z.B. die tropische Energiepflanze *Jatropha*, die in Indien zwischen Feldern oder auf aufgelassenen Feldern und in Madagaskar in Höhentälern angepflanzt wird, wo sonst nichts wächst, und sogar positive Effekte auf das Mikroklima hat. Einige solcher Pflanzen sind für bestimmte Regionen sehr geeignet, weil sie wenig Wasser benötigen, ein großes Blätterwerk haben, Öl produzieren, den Boden bedecken und letztendlich auch Einfluss auf die Entstehung von Regenwolken haben. Ich bin dafür, dass man dieses Thema sehr differenziert diskutiert.

Publikum: Ich frage als Landwirt nach den Möglichkeiten der Gentechnik. Die ›rote‹, auf Mensch und Tier bezogene Gentechnik ist bekannt und vielfach genutzt. Viele Medikamente wie das Insulin sind gentechnisch veränderte Produkte, und sie werden problemlos akzeptiert. Wenn nun Pflanzen, die wir schon lange kultivieren, gentechnisch verändert werden, so beinhaltet das sicherlich Risiken. Wenn wir aber ganz darauf verzichten, verpassen wir vielleicht auch Chancen. Der Klimawandel erfordert doch neue Nutzpflanzen, die mit Erwärmung und Wasserknappheit zu-rechtkommen, zumal wenn Biosprit und anderes die Ressourcen knapper werden lassen. Ist die Gentechnik positiv oder negativ zu bewerten?

Publikum: Während in vielen Teilen der Welt, aber auch bei uns, Kinder unter Hunger leiden, werden Kinder in den Industrieländern immer häufiger übergewichtig durch Fehlernährung, in den USA ist es fast die Hälfte aller Kinder, wir sind auf dem Weg zu 20-30%. Warum gibt es in den Schulen eigentlich noch nicht das Fach ›Ernährungsbildung‹?

Publikum: Mir scheint, die wahre Problematik der Erzeugung von Bioenergiepflanzen kommt hier zu kurz. Thematisiert wurde nur die Bioethanolerzeugung, so als seien Biodiesel, Palmölplantagen oder das *land grabbing* zum Anbau von Jatropha-Ölpflanzen kein Problem. Auch der Widerspruch von ›Benzin oder Essen‹ wurde verharmlost.

Wir haben jetzt 50 Jahre auf dem hohen Energielevel leben können und uns eine explosionsartige Nahrungsmittelproduktion geleistet. Die Gefahr besteht aber doch darin, dass uns die Ressourcen ausgehen.

Welche Antworten gibt es darauf? Was kommt da jetzt auf uns zu?

Publikum: Nach meinem Eindruck verlieren die Hilfsorganisationen, die NGOs, gerade ihre Meinungsführerschaft in der Öffentlichkeit und bei den Wissenschaftlern. Als Student der Agrarwissenschaften vermisste ich die NGOs an der Uni. Ich sehe dort nur Vertreter des Agrobusiness herumlaufen, aber niemanden, der mir eine Möglichkeit gibt, mich in der Entwicklungshilfe zu engagieren.

Klaus Jongebloed: Das Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung ist der Ansicht, dass grüne Gentechnik, die gentechnisch veränderte Pflanzen erzeugt, einen Beitrag dazu leisten kann, die Herausforderung der Ernährung einer Weltbevölkerung von bald 9 Mrd. Menschen zu bestehen.

Bärbel Dieckmann: Die Welthungerhilfe befasst sich mit dem Thema ›grüne Gentechnik‹ unter Beteiligung eines Gutachterausschusses und einer ganzen Reihe von Fachleuten und Wissenschaftlern. Dieser Ausschuss hat sich ausdrücklich keine abgeschlossene Meinung gebildet, weil es gute Pro- und Contra-Argumente gibt. In unseren Projekten verzichten wir aber auf den Einsatz von Gentechnik, weil sie die Bauern, mit denen wir arbeiten, in Abhängigkeiten bringt, aus denen sie nicht wieder herauskommen. Denn das Saatgut muss eben immer wieder gekauft werden von Kleinbauern, die das nötige Geld nicht zur Verfügung haben.

Ein Vorzug der Gentechnik wäre es natürlich, wenn man Pflanzen hätte, die besser an bestimmte Anforderungen angepasst sind. Solche Pflanzen zu züchten, ist aber auch ohne Gentechnik möglich. Wir plädieren ausdrücklich dafür, in Deutschland wieder mehr in Landwirtschafts- bzw. Agrarwissenschaften zu investieren.

Jochen Flasbarth: Eine Lösung für den Hunger in den Entwicklungsländern ist von der grünen Gentechnik nicht zu erwarten. Die Ankündigung, irgendwann einmal trockenheitsresistentes Saatgut zu haben, ist bisher unerfüllt geblieben. Es gibt einen gentechnisch veränderten Mais, der gegen den Maiszünsler gewappnet ist, aber das ist es im Wesentlichen.

Klaus Jongebloed: Oft wird gesagt, dass in Deutschland zwar die Ablehnung der Gentechnik unter den Verbrauchern mit Werten von mit 80-90% sehr hoch sei, dass wir aber längst alle über die Futtermittel, und gerade über gentechnisch verändertes Soja, mit unseren Nahrungsmitteln Gentechnik konsumieren.

Uschi Eid: Wir haben z.B. an Landwirtschaftsfakultäten traditionelle Pflanzenzüchtungsinstitute. Sie sind in der Lage, mithilfe systematischer Selektionsmethoden Pflanzen zu züchten, die hitzeresistenter werden oder auch in höheren Lagen angebaut werden können. Man kann bei der Suche nach geeigneten Pflanzen auch auf lokales, älteres Wissen zurückgreifen, auf Pflanzen, die verdrängt worden sind. So wurde z.B. der völlig marginalisierte Lupinenanbau im Rahmen von Programmen des BMZ in den peruanischen Anden gefördert, um Lupinen für die menschliche Ernährung als Substitut oder neue Nahrungskomponente zu nutzen.

Gentechnik ist keine Lösung für das Problem, über das wir hier sprechen, denn Gentechnik wird ja heute für den Anbau von Exportpflanzen eingesetzt, nicht bei Gemüse und Obstsorten, die die Menschen in Hungergebieten oder für eine sichere Ernährung brauchen. Als Konsument möchte ich, dass die Lebensmittel, wenn sie gentechnisch manipulierte Substrate enthalten, entsprechend gekennzeichnet werden. Dann kann ich sie im Regal stehen lassen. Jeder kann sich beim Einkauf entsprechend entscheiden.

Die nötige Hilfe für Kleinbauern in der Dritten Welt muss damit beginnen, dass sie zuerst einmal einen Landtitel erhalten. Dann müssen sie Zugang zu Kleinkrediten erhalten, wobei dies gerade für Kleinbäuerinnen von großer Bedeutung ist, denn in Afrika wird die Feldarbeit ja nach wie vor hauptsächlich von Frauen erledigt. Sie müssen auch das Recht haben, von ihren Vätern Felder zu erben. Und es gilt, ein landwirtschaftliches Beratungswesen aufzubauen, damit Kleinbauern auch von theoretischem Landbauwissen profitieren und es umsetzen können.

Die Ernährungsbildung an den Schulen ist sicher wichtig. Ich würde ein etwas weiter gefasstes Fach ›Haushaltsführung‹ bevorzugen, auch wenn Haushaltsführung und Hauswirtschaft manchmal abschätzig betrachtet werden. Hauswirtschaftliche Bildung ist ebenso wichtig wie landwirtschaftliche Bildung.

Jochen Flasbarth: Ich bin heute skeptisch, ob man neue Unterrichtsfächer einführen kann und muss, obgleich ich selbst früher ›Umweltbildung‹ als Schulfach gefordert habe. Die Hauptsache ist, dass die entsprechenden *Inhalte* vermittelt werden. Und das wird in vielen Schulen schon gemacht. Lehrerinnen und Lehrer, die dieses Thema unterbringen wollen, machen das auch.

Klaus Jongbloed: Zum Schluss möchte ich die Frage stellen, welche Konsequenzen wir im Hinblick auf unseren Lebensstil und unseren Konsum aus der bisherigen Diskussion ziehen müssten.

Jochen Flasbarth: Wir müssen aus meiner Sicht im Umweltschutz deutlich schneller vorangehen. Wir müssen die Erfolge in unserem eigenen Land, aber auch in Zusammenarbeit mit anderen Ländern beschleunigen. Und dazu kann jeder Einzelne etwas beitragen. Aber es gibt Dinge, die der Einzelne eben gerade nicht tun kann. Viele große Veränderungen erfordern auch ein starkes Bekenntnis derjenigen, die politische Verantwortung haben, bei uns und in anderen Ländern. Wie etwa unsere Energiewirtschaft insgesamt strukturiert ist oder wie die Subventionsvergabe in der Landwirtschaft geregelt ist, das erfordert Richtungsentscheidungen des Staates. Die kann der Einzelne nur beeinflussen, indem er sich politisch engagiert.

Natürlich kann jeder etwas tun. Wir sprachen über Ernährungsverhalten. Für meine Generation war es undenkbar, ein Schulbrot wegzuworfen. Nicht dass der Hunger der Welt mit Butterbrot zu stillen wäre, aber ein Gespür, ein Bewusstsein dafür zu bekommen, dass Nahrung ein rares Gut ist, wäre schon hilfreich. Meine Tochter kam einmal mit der Aufgabe aus der Schule, einen Tag lang ihren Wasserverbrauch zu messen. Es kamen ein paar Liter dabei heraus. Dann habe ich sie gebeten, einmal herauszubekommen, wie viel Wasser für die Erzeugung von einem Kilogramm Rindfleisch nötig ist, und ihre Klasse das schätzen lassen. Es sind 15.000 Liter.

Bärbel Dieckmann: Mit individuellen Verhaltensänderungen kann man viel erreichen. Das reicht von der Erkenntnis, dass bestimmte Waren zweifelhafte Preise haben, wenn man bedenkt, dass der Erzeuger einen gerechten Lohn bekommen muss. Ein T-Shirt zum Preis von 5 Euro wirft die Frage auf, wie es produziert wurde und ob der Hersteller den richtigen Lohn bekommen hat. Höhere Preise wären auch für Lebensmittel denkbar, denn die Lebensmittelerzeuger haben über Jahrzehnte keine angemessenen Preise erzielen können.

Auch politische Schlussfolgerungen kann man ziehen: Jeder von uns kann sich dafür einsetzen, dass eine bestimmte Quote eingehalten wird, die wir für die Entwicklungszusammenarbeit aufwenden wollen. Hier ist seit langem schon ein Wert von 0,7% der Wirtschaftsleistung jedes Landes anvisiert, was aber auch für Deutschland noch nicht erreicht ist. Und als Präsidentin einer Nichtregierungsorganisation darf ich wohl daran erinnern, dass man auch durch Spenden etwas bewegen kann – wenn die bedachten Hilfsorganisationen das Geld auch vernünftig einsetzen.

Uschi Eid: Klar ist, dass man seinen Konsum bewusst gestalten sollte. Dafür gibt es sehr viele Möglichkeiten. Man kann entscheiden, ob man ›fair gehandelte‹ Produkte kauft, ob man Melonen oder Tomaten aus wassergestressten Ländern kauft. Statistisch beläuft sich der durchschnittliche Verbrauch der Deutschen an Leitungswasser auf täglich 120 Liter. Unser Wasser-Fußabdruck besagt aber, dass wir in Wahrheit mehr als 4.000 Liter am Tag verbrauchen. Einen Großteil davon importieren wir als sogenanntes ›virtuelles Wasser‹ in Gemüse und Obst, das aus wassergestressten Ländern kommt, z.B. Kakao aus Westafrika oder Tomaten aus Marokko.

Um 1970 musste in Deutschland ein Haushalt noch 20% seines Einkommens für die Ernährung aufwenden, heute sind es 11%. Wenn man gute Qualität, ökologische Produkte haben will, zumindest aus der integrierten Landwirtschaft, dann muss man auch bereit sein, einen guten Preis zu bezahlen.